**Muster Antrag: inklusionsorientierte Verwaltung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Fraktion \_\_\_\_\_\_\_ stellen wir folgenden Antrag zur Beratung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_.

**Beschlussvorschlag:**

* **Die Verwaltung richtet eine Impulsveranstaltung zum Thema barrierefreie Verwaltung für alle Mitarbeiter:innen ein.**
* **Eine schriftliche Befragung wird in allen Fachbereichen zu eigenen Erfahrungen und Einschätzung zu bestehenden Behinderungen in Auftrag gegeben.**
* **Die Verwaltung beauftragt einen Inklusionsverein für eine Verwaltungsbegehung und begleitet die Begehung (zum Beispiel: https://sozialhelden.de/barriere-scouts/)**
* **Eine Projektgruppe wird gegründet, die zusammen mit Menschen mit Behinderungen Handlungsempfehlungen gibt.**
* **Über den Arbeitsstand wird in den folgenden Sitzungen des Ausschusses für \_\_\_\_\_\_\_\_ berichtet.**

**Begründung**

Das BGG (Bundesgesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen) und die EU-Richtlinie 2016/2102 (zum barrierefreien Zugang zu den mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen) verpflichtet kommunale Verwaltungen schon seit April 2002, sich barrierefrei aufzustellen. Es wird Zeit, Kompetenzen aufzubauen, Bewusstsein zu schaffen und einheitliche Standards zu setzen. Die direkte Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sehen wir hier als zentral an. Bestehende inklusive Institutionen in der Kommune, Teilhabebeiräte oder -beauftragte und Menschen mit Behinderungen, die in der Verwaltung arbeiten, sollen in den Prozess mit einbezogen werden.

Eine inklusionsorientierte Verwaltung stellt einen Mehrwert für alle dar. Leichte Sprache, automatische Türöffner oder Vorleseoptionen erleichtern vielen Personengruppen den Behördengang – ob es Menschen sind, die gerne auf das Verwaltungsdeutsch verzichten, Menschen, die kognitiv oder in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen, die altersbedingte Beeinträchtigungen mitbringen.

Mit freundlichen Grüßen